

Gemeinsam haben wir die Kraft

Antworten auf Fragen zum Deutschlandplan des Volkes

Ist die westdeutsche Arbeiterklasse an einer Verständigung interessiert?

Die Frage nach dem Interesse der westdeutschen Arbeiterklasse an der Verständigung mit der Arbeiterklasse der DDR ist nur zu beantworten, wenn wir zugleich danach fragen, was die Verständigung für die gesamte deutsche Arbeiterklasse bedeutet. Im „Deutschlandplan des Volkes“ wird von Walter Ulbricht hervorgehoben, daß Verständigung und Frieden nicht zu trennen sind.

Die Verständigung der Arbeiterklasse schafft die Garantie für die Sicherung des Friedens; denn die gemeinsam kämpfende Arbeiterschaft ist eine Kraft, die unschlagbar ist, das beweist die Geschichte der Arbeiterbewegung. Deshalb setzen sich auch die SED und KPD, aber auch viele christliche, sozialdemokratische und parteilose Arbeiter Westdeutschlands für die Verständigung ein.

Es wäre falsch, das mangelnde Interesse einiger rechter SPD- und DGB-Funktionäre an der Verständigung und ihre Scharmützel mit dem Bestreben der westdeutschen Arbeiterklasse zu identifizieren.

Die westdeutschen Arbeiter sind jedoch nicht nur an einer Verständigung „interessiert“, sie arbeiten ebenso wie die Arbeiter unserer Republik für diese Verständigung. Dafür spricht, daß allein aus einem Großbetrieb Nordrhein-Westfalens bereits 400 Arbeiter die DDR besuchten. Wegen der großen Beteiligung (1850 Gewerkschafter aus Westdeutschland, davon 550 Mitglieder der SPD) mußte zur XI. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig erstmals eine Parallelkonferenz abgehalten werden.

Die beste Lösung

Aus einer Erklärung des Rates der Veterinärmedizinischen Fakultät

Der Rat der Veterinärmedizinischen Fakultät der Karl-Marx-Universität Leipzig hat mit großer Befriedigung Kenntnis von dem Deutschlandplan des Volkes genommen. Er hat sich in seiner Sitzung vom 27. April 1960 in offener Aussprache mit den drei Alternativen, die dieser Plan enthält, befaßt und einstimmig festgestellt, daß die beste Lösung für ganz Deutschland auf der Linie der dritten Alternative liegt, nämlich Konföderation beider deutscher Staaten auf der Basis von Gleichberechtigung und gegenseitigen Verständigung.

Dieser Weg sichert allen Bevölkerungsgruppen in Ost und West die Erhaltung dessen, was sie in ehrlicher Arbeit nach dem Kriege geschaffen und erworben haben. Für die Wissenschaftler in beiden Teilen Deutschlands ergibt sich die friedliche Perspektive höher wissenschaftlicher Leistungen. Die Veterinärmedizin sieht die Möglichkeit, durch zukunftsreiches Schaffen zur landwirtschaftlichen Produktionssteigerung beizutragen, die beiden Teilen Deutschlands zugute kommt. Der Rat der Fakultät gibt der Hoffnung Ausdruck, daß die Meinung der friedliebenden Kräfte der beiden Teile Deutschlands auf der Gipfelkonferenz berücksichtigt wird.

KOMMUNIQUE über die Sitzung des akademischen Senats

(Fortsetzung von Seite 1)
8. Plenum. Einen breiten Raum widmete der Rektor in seinen Ausführungen dem Deutschlandplan des Volkes. Im Ergebnis einer umfassenden Aussprache stimmt der Akademische Senat der obenstehend veröffentlichten Erklärung einmütig zu. Der Stellvertreter des Ersten Sekretärs der Universitäts-Parteileitung, Genosse Schmidt, berichtete über die am 14. und 15. April 1960 stattgefundenen Delegiertenkonferenzen der SED-Parteiorganisation Karl-Marx-Universität.

Der Akademische Senat beschloß die Bildung folgender Kommissionen:

Kommission für die Erforschung der höheren Nerventätigkeit (Pawlow-Kommission). Vorsitz: Prof. Dr. Müller-Hegemann.

Kommission für Bibliothekswesen. Vorsitz: Direktor der Universitätsbibliothek Dr. Müller.

Baukommission. Vorsitz: Verwaltungsschreiber Jusek.

Der Senat bestellte Frau Prof. Dr. Voigt, Fakultät für Journalistik, als Stellvertretende Vorsitzende des Disziplinär-Ausschusses für Studierende.

Die nächste Sitzung findet am 27. Mai 1960 statt.

7000 Jugendliche aus Westdeutschland und Westberlin trafen zum 3. Arbeiterjugendkongreß in Erfurt gemeinsam mit den Jugendlichen der DDR dafür ein, „daß durch die Gipfelkonferenz eine allgemeine, vollständige, kontrollierte Abrüstung, der Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten und die Lösung der Westberlinfrage ihrer Verwirklichung näher gebracht werden.“

Die Tatsachen beweisen, daß die westdeutsche Arbeiterklasse nicht nur an einer Verständigung interessiert ist, sondern daß die Verständigung bereits begonnen hat.

Günter Krause, Oberassistent am Institut für Marxismus-Leninismus

Ist Aktionsgemeinschaft mit der SPD möglich?

Angesichts der Veröffentlichung des Deutschlandplans des Volkes gab der SPD-Pressedienst die für uns aufschlußreiche Erklärung ab, man müsse „diesen Plan bluternst nehmen, und die Bundesregierung muß aus der Ecke des Neinsagens herauskommen“. Diese Erklärung ist offensichtlich von der Tatsache diktiert, daß die SPD-Führung in eine immer stärker werdende Selbstisolierung gegenüber ihren Mitgliedern und Anhängern gerät, wenn sie nicht die politische Sackgasse des kalten Krieges verläßt. In der westdeutschen Bevölkerung wächst die Erkenntnis, daß die Bonner Politik der atomaren Aufrüstung und Stärke aussichtslos und äußerst gefährlich ist.

Dieser Erkenntnisprozeß in der Bevölkerung und in der SPD zwingt den SPD-Vorstand auf die Position des vor einem Jahr beschlossenen Deutschlandplanes der SPD zurück. Infolge der wachsenden Proteste in der SPD-Mitgliedschaft gegen die Versuche der rechten SPD-Führung, den Deutschlandplan der SPD zu beerdigen, sah sich beispielsweise der Parteivorsitzende Ollenhauer auf dem Parteitag des Bezirkes Ostwestfalen-Lippe zu der Erklärung veranlaßt: „Die SPD hat keineswegs auf den Deutschlandplan verzichtet, sie hat lediglich nach einem Jahr Bilanz gezogen und festgestellt, daß infolge des fortschreitenden Auseinanderlebens der beiden deutschen Teile vieles nicht mehr möglich ist, was vor einem Jahr möglich gewesen wäre.“

Die Proteste in der SPD-Mitgliedschaft unterstreichen nachdrücklich, was auch im offenen Brief des ZK der SED betont wird, daß es keine Gegensätze zwischen den Arbeitern der DDR und Westdeutschlands gibt, die ein Zusammengehen verhindern können.

In der Diskussion über den Deutschlandplan des Volkes an unserer Universität wurde über verschiedene Punkte bezweifelt, ob eine Zu-

sammenarbeit zwischen der SPD und der SED und eine Aktionsgemeinschaft der gesamten deutschen Arbeiterklasse überhaupt möglich ist.

Ein grundsätzliches gemeinsames Interesse besteht doch aber darin, den Frieden zu bewahren und den unverbesserlichen Kriegsbrandstiftern das Handwerk zu legen. Unser Deutschlandplan enthält die Gefahr, die durch den atomar auferüsteten westdeutschen Militarismus droht und zeigt gleichzeitig den Weg zur Lösung der nationalen Grundfragen, der Sicherung des Friedens und der Überwindung der Spaltung Deutschlands, durch die Schaffung der Aktionsgemeinschaft der gesamten deutschen Arbeiterklasse. Über den Weg dahin finden wir in beiden Plänen viele gleiche Gedanken.

Der Plan der SPD — obwohl er nicht die Hintergründe der Spaltung Deutschlands aufzeigt und in seinen Schlußfolgerungen nicht immer konsequent ist — bekennt sich zu einer „Politik des Friedens“ und zur „Entspannung in Europa“. Der Deutschlandplan des Volkes fordert Verhandlungen zwischen den beiden deutschen Staaten zur friedlichen Verständigung und zu Vereinbarungen über Verzicht auf Gewaltanwendung.

Im SPD-Plan wird gesagt: „Die nationalen Streitkräfte besitzen keine Atom- und Wasserstoffwaffen“. Der Deutschlandplan des Volkes fordert Verständigung über unsere deutschen Vorschläge zum Abschluß eines Friedensvertrages.

Der SPD-Plan schlägt die „Bildung einer gesamtdeutschen Konferenz“ vor. Der Deutschlandplan des Volkes fordert Verständigung über die Bildung eines gesamtdeutschen, parteilich zusammengesetzten Ausschusses.

Schließlich entspricht die These des SPD-Planes, daß „die Wiedervereinigung eine allmähliche Annäherung in Stufen voraussetzt“, weitgehend dem Vorschlag unseres Planes, eine Konföderation beider deutscher Staaten als einzig realen und möglichen Weg zur Wiedervereinigung zu bilden. Das alles sind Ansatzpunkte für die Schaffung der Aktionsgemeinschaft. Vierzehn Verbotsparagrafen hat zwar der rechte SPD-Vorstand ausgeheckt, um die Aktionsgemeinschaft unmöglich zu machen. Daß sie trotzdem möglich und bereits im Entstehen ist, zeigen die Arbeiterkonferenz in Leipzig und erst kürzlich der gesamtdeutsche Arbeiterjugendkongreß in Erfurt.

Helmut Bieck, Assistent an der Fakultät für Journalistik

Die „dumme“ Frage und keine kluge Antwort

Zeitungen mit einer bekannten Schlagzeile liegen vor ihnen auf dem Tisch: „Der Deutschlandplan des Volkes“. Einige haben wichtige Stellen rot angestrichen, andere werfen hin und wieder noch einen suchenden Blick auf die Letzern, um sich für eine eventuelle Antwort zu wappnen. Die Gruppe BN 2 der Arbeiter- und Bauern-Fakultät diskutiert über das bedeutendste Dokument nationaler Verantwortung und Konsequente Friedenspolitik, das in der letzten Zeit veröffentlicht wurde. Dieter Gärtler, der Gruppenagitator, hat einige Fragen vorbereitet und lenkt damit die Debatte. Die Freunde arbeiten heraus,

daß der Deutschlandplan des Volkes eine konkrete Grundlage zur Vorbereitung der Gipfelkonferenz ist. „Die Zeit drängt“, meint Marlies Brosch, die FDJ-Gruppenleiterin, „weil der Militarismus in Westdeutschland schon wieder da ist und den Frieden bedroht, darum muß die Arbeiterklasse handeln.“ Es ist höchste Zeit, 15 Jahre nach Kriegsschluß, einen Friedensvertrag mit beiden deutschen Staaten abzuschließen.

Dieter spricht darüber, daß der Nationalrat der Nationalen Front sich hinter diesen offenen Brief der SED an die Arbeiterklasse Westdeutschlands gestellt hat. Er fragt danach, worin es zu begründen sei, daß alle Schichten des Volkes an diesem Plan interessiert sind, warum man mit Recht von einem „Deutschlandplan des Volkes“ spricht. Das ist eine wichtige Frage, die zum Verständnis der ungeheuren Wichtigkeit dieses Dokumentes beiträgt.

Aber Rolf Brunlig scheint nicht dieser Meinung zu sein: „Eine dumme Frage“, sagt er. Und gibt darauf die beinahe „klassische“ Antwort: „Weil alle für Frieden und Einheit sind.“ Es stellt sich jedoch heraus, daß Rolf diese lapidare Phrase nicht einmal begründen kann, er war auch nicht imstande, die drei

Alternativen, die der Deutschlandplan enthält, zu erkennen, und so muß Rolf von den anderen Freunden erfahren, daß es nicht genügt, allgemeine, oft nichtssagende Feststellungen zu treffen, sondern daß jeder Student, die wichtigsten Gedanken des Deutschlandplans kennen und sie erläutern muß. Der Plan ist Sache des ganzen deutschen Volkes, weil er die einzigen Möglichkeiten der friedlichen Entwicklung in Deutschland über einen nationalen Kompromiß der Friedenskräfte durch Verhandlungen zwischen beiden deutschen Regierungen, eine Volksabstimmung über die Atomrüstung und den Abschluß eines Friedensvertrages mit beiden deutschen Staaten zeigt. Zugleich wendet sich der Plan an die Kräfte, die stark genug sind, den Kampf gegen den Militarismus zu führen. Das Gespräch und die Verständigung der Arbeiter in beiden deutschen Staaten müssen zustande kommen“, so drückt es Dieter aus.

Am Schluß beschließen die Freunde, daß jeder eine Zeitung mit dem Plan nach Westdeutschland schickt, damit er überall gelesen wird. Leider wurde im Zusammenhang mit dieser Diskussion das Gipfelereignis der Gruppe noch nicht rechnet. Man stellte noch nicht klar heraus, daß die Erfüllung der Kompfverpflichtungen und die Verbesserung der Studienleistungen mit zählendes Gewicht bei der Verwirklichung des Planes sind.

Und so zeigt sich, wie nützlich es für die Studentengruppe war, über die aktuellen Fragen, die als so dringend anstehen, zu sprechen, und wie notwendig es sein wird, weitere Lebensfragen der deutschen Nation, die nun auf der Gipfelkonferenz zur Sprache kommen, in den Mittelpunkt der Gruppenarbeit zu stellen. Darum werden auch in der BN 2 der ABF die Zeitungen mit dem Deutschlandplan des Volkes gut aufgehoben.



Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei Reichsleitung
Der Bevollmächtigte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Schulung und Erziehung der NSDAP
Berlin, den 12. 10. 44
35, Margaretenstr. 18
Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr
Der Leiter der Arbeitsgemeinschaft
Herrn Prof. Dr. Oberländer
Prag VII
Dombrowakyst. 26
Sie werden hiermit zu der Einsatzbesprechung der Arbeitsgemeinschaft zur Erforschung der bolschewistischen Weltgefahr im Einsatzstab Reichsleiter Rosenberg, die im Einvernehmen mit der Protokollrats-Regierung stattfindet, nach Prag für die Zeit vom 30. Oktober bis 7. November d. J. einberufen.

(Härtle) Oberbereichsleiter

Dieses Schreiben erhielt Oberländer im Oktober 1944, also zu einer Zeit, da er — wollte man ihm Glauben schenken — „Differenzen“ mit der Nazi-Regierung hatte, ja sogar zum Tode verurteilt worden war.

Die „Ostforschung“ war mitangeklagt

UZ sprach mit den Sachverständigen im Oberländerprozeß Prof. Dr. Basil Spuru, Dozent Dr. Felix-Heinrich Gentzen, und Dozent Dr. Eberhard Wolfram

Neben Oberländer, so charakterisierten Dr. Gentzen und Dr. Wolfram den Prozeß gegen den Bonner Minister, waren faktisch die gesamte westdeutsche Ostforschung und darüber hinaus das ganze revanchistische Regime angeklagt. Und Prof. Dr. Spuru brachte diesen untrennbaren Zusammenhang zum Ausdruck, indem er zitierte: „Wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach.“

Die Angehörigen der Arbeitsgemeinschaft zur Entlarvung der westdeutschen „Ostforschung“ konnten in ihren Aussagen nachweisen, daß Oberländers Mordhandlungen in der Sowjetunion vollkommen seiner Ideologie entsprachen, daß seine angeblichen Differenzen mit der Nazi-Regierung in Wirklichkeit keine waren und daß seine Rolle nach 1945 in Westdeutschland im Rahmen der „Ostforschung“ genau der entspricht, die er bei der Vorbereitung des zweiten Weltkrieges gespielt hat.

Dr. Wolfram, im Prozeß sachverständiger Zeuge, erlebte in Königsberg die Anfänge von Ober-

länders Tätigkeit in der „Ostforschung“ mit und sagte uns: Ich war selbst zugegen, als von Oberländer an der Königsberger Universität die Hochschulguppe des „Volksbundes für das Deutschtum im Ausland“ ins Leben gerufen wurde. Von hier aus datiert auch seine enge Verbindung mit der damaligen „jungen Generation“ der „Ostforscher“ wie Markert, Seraphim und Mehaert, die heute in Westdeutschland auf diesem Gebiet den Ton angeben.

Unter anderem an Hand von Archivmaterialien, die sie erst am Tage vor Prozeßbeginn gefunden hatten, konnten die Vertreter der Arbeitsgemeinschaft endgültig nachweisen, daß Oberländer hier maßgeblich am Aufbau eines Spionagesetzes in Litauen und an der „Schulung“, das heißt Aufputschung der Minderheitsdeutschen in diesen Gebieten beteiligt war, und damit an der Vorbereitung zur „Aufrollung“ des Memelgebietes, des Baltikums Polens usw.

Was die angeblichen Differenzen Oberländers mit der Nazi-Regierung betrifft, so konnten auch unsere Wissenschaftler beweisen, daß es sich hier nur um völlig untergeordnete Meinungsverschiedenheiten handelte. Professor Spuru wies in diesem Zusammenhang auf die Einschätzung solcher Differenzen hin, die Alexander Dallin in seinem 1958 in Düsseldorf erschienenen Buch „Deutsche Herrschaft in Rußland“ gibt. Darin heißt es, daß die Bedenken, die fast alle Rußlandexperten gegen Ende des Krieges hatten, nur taktischer Art waren und sich grundsätzlich innerhalb der Zielstellung des 3. Reiches bewegten.

Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft konnten darüber hinaus feststellen, daß es sich bei der sogenannten „Ostforschung“ im Nazireich und in der Bundesrepublik nicht nur um die gleichen Leute handelt, die damals als „Abwehr“offiziere tätig waren und die heute die Landesinnenschafften ideologisch und auch militärisch für eine Revanche reif machen wollen, sondern — wie es Professor Spuru sagte — es handelt sich um eine umfassende personale, gedankliche und praktische Kontinuität.

In diesem Zusammenhang konnten sie darauf hinweisen, daß neben dem militärischen „Outline“-Plan zur Unterwerfung der DDR, der CSR und Polens ein analoger Outline-Plan existiert, ein System der Revancheheute für die Eroberung der DDR, der polnischen Westgebiete und der CSR. Aber gleichzeitig wird neben dieser „kleinräumigen“ Betrachtungsweise eine „großräumige“ vorbereitet, die schon wieder die Gebiete vom Baltikum bis zum Balkan einschließt. Damit enthält sich auch die „Ostforschung“ von heute als Pseudowissenschaft, als Kriegsverbrechen.

Diese Tatsache, die der Prozeß eindrucksvoll kennzeichnete, und das Auftreten von Vertretern der Arbeitsgemeinschaft unserer Universität im Prozeß sollten den Gesellschaftswissenschaftlern unserer Universität ein erster Hinweis sein — das brachten unsere Gesprächspartner abschließend zum Ausdruck — die Bekämpfung der „Ostforschung“ zu einem dringlichen Anliegen aller einschlägigen Institute zu machen.

Universitätszeitung, 4. 5. 1960, S. 2